

**Sachsen als ostdeutsches Bundesland –
Positionspapier zur Bundestagswahl 2017**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 16. Juni 2017

- Beschluss:** Der Landesvorstand beschließt das Schwerpunktpapier Ostdeutschland. Diese wird genutzt, um im Landesverband im Rahmen der Bundestagswahl Argumentationsmaterial zu erstellen, für die Öffentlichkeitsarbeit und für die Produktion von Wahlkampfmaterialien.
- Politische Botschaft:** Der Landesvorstand hat für die Diskussion des Bundestagswahlprogrammes, aber auch für die Schwerpunktsetzung im Rahmen der Bundestagswahl in Sachsen beschlossen, dass sich drei Schwerpunkten intensiv zugewandt wird. Europa, Ostdeutschland und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen dabei sachsenspezifisch bearbeitet werden um die Themen anknüpfungsfähiger zu machen und besondere Problemlagen für Sachsen herauszuarbeiten.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 16. Juni 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

1 1.

2 Verfolgt man durch die Vertretung ostdeutscher Interessen im Rahmen linker Politik ein Einzelinteresse
3 im Widerspruch mit der gesamtdeutschen Ausrichtung der Bundespartei? Eine Frage, die immer wieder
4 aufgeworfen und meist damit beantwortet wird, dass die Unterschiede zwischen Ost und West nur mehr
5 gering seien und die politische Unterscheidung selbst die Diskriminierung eher noch festschreibt.
6 Es ist aber ein wesentliches Charaktermerkmal linker Politik, Differenzen zu erkennen, sowohl positive als
7 auch negative, und die Unterschiede, die uns bereichern, von den Ungerechtigkeiten, die uns spalten, zu
8 trennen und ihnen zu einer politisch menschenwürdigen Sprache zu verhelfen. Da wir uns auch als
9 Interessensvertreterin aller Ausgegrenzten, Marginalisierten, Diskriminierten, Abstiegsgefährdeten und
10 Ausgebeuteten verstehen, müssen wir all diese Ausgrenzungen, Marginalisierungen, Diskriminierungen,
11 Ausbeutungsverhältnisse und Ängste ernst nehmen und politische Lösungsvorschläge liefern, die allen
12 Menschen einer Gesellschaft ein Leben in Menschenwürde ermöglichen. Der Osten Deutschlands stellt in
13 diesem Sinne eine Verschränkung verschiedener Probleme von Diskriminierung und Ausbeutung dar, eine
14 Zusammenballung an Krisenregionen, derer wir uns politisch annehmen müssen.

15

16 2. Ein Entwicklungsplan für Ostdeutschland am Beispiel Sachsens

17

18 I) **Gegen Erwerbsarmut: Wir fordern gerechte Löhne für alle!**

19 Eines der größten Probleme in den neuen Bundesländern sind die im Vergleich zu Westdeutschland
20 niedrigeren Löhne und Renten. Der sozio-ökonomische Graben zwischen West und Ost wird erst dann
21 beseitigt, wenn der Lohnunterschied von 25% zuungunsten ostdeutscher Beschäftigter an das West-
22 Niveau angeglichen wird. Entsprechende Lohnunterschiede gibt es auch bundesweit bei der
23 Einkommensschere zwischen Mann und Frau oder dem Nord-Süd-Gefälle im Westen. Bei den Löhnen
24 fordert DIE LINKE Geschlechtergerechtigkeit. Es ist längst Zeit, dass Frauen genauso viel wie Männer
25 verdienen und ihnen der Aufstieg in Führungspositionen erleichtert wird. Um dies zu gewährleisten,
26 müssen vor allem im Osten mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge eingeführt, der gesetzliche
27 Mindestlohn auf 12 Euro angehoben und Leiharbeit und Werkverträge verboten werden. Es darf keine
28 Niedriglohnregionen geben! Damit bekämpfen wir Erwerbsarmut! Die Menschen müssen von ihren
29 Löhnen und Gehältern menschenwürdig leben können.

30

31 II) **Gegen Frauenarmut: wir fordern und fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt!**

32 Die Einkommen sind nicht nur regional ungerecht verteilt, sie sind es auch, was Geschlechter angeht.
33 Dadurch sind ostdeutsche Frauen zweifach diskriminiert. Im Osten haben wir vor allem sehr viele
34 teilzeitbeschäftigte Frauen, Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen. Solche Verhältnisse fördern Frauen-
35 und Kinderarmut und führen letztlich in die Altersarmut, weil Frauen auch eine deutlich niedrigere Rente
36 als Männer erhalten. Auch bei den Renten fordern wir Geschlechtergerechtigkeit!
37 Neue gesetzliche Grundlagen für Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung müssen auf
38 eingehenden geschlechter-orientierten Armutsanalysen basieren. Ein erster Schritt muss ein
39 Landeskonzept zur Bekämpfung von Frauenarmut sein. Konzepte auf Bundesebene beinhalten zwar die
40 symbolische Anerkennung der Armut als deutschlandweites Problem, sie sind aber nicht regional-
41 spezifisch ausgerichtet und beachten die teilweise erheblichen Differenzen nicht. Das Landeskonzept
42 muss Frauenarmut als Querschnittsproblem betrachten und nicht nur den Fokus auf Erwerbsarbeit legen.
43 So genannte „Frauenberufe“ müssen durch Förderprogramme und Initiativen aufgewertet werden.
44 Klischees, die solchen Berufen anhaften, müssen abgebaut und junge Männer zum Ergreifen solcher
45 Berufe ermutigt werden. Im Gegenzug müssen junge Frauen darin unterstützt und gefördert werden, auch

46 traditionelle „Männerberufe“ ergreifen zu können. Es werden vor allem auch Beschäftigungs- und
47 Weiterbildungsprogramme für Teilzeit- und Langzeitarbeitslose benötigt. Rahmenbedingungen für die
48 Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen verbessert werden; der Ausbau von Kitas ist dabei nur ein
49 Schritt.

50

51 **III) Gegen Kinder- und Jugendarmut: wir sichern Zukunftsperspektiven!**

52 Niedrige Löhne führen zu Erwerbsarmut, vor allem für Frauen. Letztendlich überträgt sich diese Armut
53 auch auf deren Kinder. Die LINKE. Sachsen akzeptiert nicht, dass es in einem der reichsten Länder der
54 Welt Kinder gibt, die in Armut leben, in Armut aufwachsen und die Folgen dieser Armut in der
55 Gesellschaft überall zu spüren bekommen. Neben dem Ausbau der vorhandenen sozialen Infrastruktur in
56 Form von Schulen und Kitas fordern wir die Einführung von Förderungs- und Unterstützungssystemen, die
57 der heutigen Wirklichkeit gerecht werden und einen halb-institutionellen Rahmen annehmen. Wir fordern
58 auch die Zurverfügungstellung von mehr öffentlichen Orten bzw. Räumen, in denen Kinder sich sicher
59 aufhalten können. Ausgebaut werden müssen Kinder- und Jugendarbeit; Jugendclubs, Jugendhäuser,
60 Ferienfreizeiten gehören dazu. Die öffentliche Daseinsvorsorge in Form von Sportplätzen,
61 Schwimmbädern, Musikschulen, Bibliotheken u. Ä. gehören auch dazu. Mobilität muss gefördert werden.
62 Wer sich bewegt, der ist auch mental beweglich.

63 Vor allem im Osten müssen die Vielschichtigkeit von Armutslagen und familiäre Situation berücksichtigt
64 und mehrdimensionale Problemlösungen gewährleistet werden. Beratung von Familien und zu beziehende
65 Leistungen müssen entbürokratisiert und nicht stigmatisierend oder diskriminierend sein. Auf
66 Bundesebene wird die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung vorgeschlagen, die Kinder
67 und Jugendliche aus Armut befreit und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Grundsicherung
68 umfasst den Ausbau der sozialen Grundsicherungssysteme, der vorgelagerten sozialen
69 Sicherungssysteme, der sozialen Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Kinder- und
70 Jugendhilfe, der Kinderbetreuung und Frühförderung und der schulischen Bildung. Entweder wird die
71 Kindersicherung eingeführt oder das Kindergeld bedeutsam erhöht, um Kinder aus Armut zu befreien.

72

73 **IV) Gegen Altersarmut: wir kämpfen für Rentengerechtigkeit!**

74 Lange Erwerbsarmut führt irgendwann zu Altersarmut. Der Kernpunkt unserer Ostdeutschland-Politik ist,
75 endlich Rentengerechtigkeit herzustellen! Die gerechte Angleichung der Ost-Renten war das politische
76 Versprechen der Großen Koalition, ein gebrochenes Versprechen, denn der Rentenwert ist für
77 Ostdeutsche im Durchschnitt um 6 Prozent geringer als für Westdeutsche. Die steuerfinanzierte
78 Angleichung des Rentenwerts (Ost) an den Rentenwert West unter Beibehaltung der Umrechnung
79 (Höherwertung) der Entgelte würde das Versprechen erfüllen und die Ungerechtigkeiten auflösen. Ein ost-
80 spezifisches Rententhema ist die Rentenüberleitung; da sind viele Ungerechtigkeiten passiert. DIE LINKE
81 fordert, dass die Differenzierungen in den alten DDR-Alterssicherungssystemen berücksichtigt, die
82 Wahrung der Wertneutralität des Rentenrechts (keine politischen Sanktionen!) beibehalten und die
83 Versorgungsansprüche verschiedener Berufsgruppen über ein befristetes System ermöglicht werden. Wir
84 fordern Anerkennung und gerechte Wertung geleisteter Arbeit! Die Abwertung ostdeutscher Biographien
85 ist in diesem Zusammenhang zu sehen: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die soziale
86 Wiedervereinigung werden erst durch eine gerechte Würdigung der Lebensleistungen aller Menschen auf
87 dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik hergestellt.

88

89 **V) Aktive Regional- und Strukturpolitik: für einen inklusiven und solidarischen Föderalismus!**

90 Schlechte Rahmenbedingungen für die arbeitende ostdeutsche Bevölkerung führen zu Abwanderung. In
91 ostdeutschen Gebieten gibt es "entleerte Regionen". Die jungen Arbeitstüchtigen ziehen dorthin, wo sie
92 Arbeit finden können. Zurückbleiben hauptsächlich ältere Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Wir

93 müssen das Auseinanderdriften verschiedener Regionen verhindern! Weder die regionale noch die soziale
94 Herkunft von Menschen dürfen bei der Wahrnehmung von Lebenschancen und der Gewährleistung von
95 Lebensqualität ein Hindernis darstellen. Regionale Probleme gibt es nun nicht mehr nur zwischen Ost und
96 West, sondern auch zwischen Nord und Süd. Was allerdings auffällt: Während im Westen die Entwicklung
97 vereinzelter Regionen stockt, häufen sich die Problemregionen im Osten verstärkt. Wir fordern einen
98 stabilisierten solidarischen Föderalismus! Es muss mehr Verantwortung auf Länder und Kommunen
99 übertragen werden. Zur Finanzierung der gleichwertigen Entwicklung aller Regionen der Bundesrepublik
100 fordert DIE LINKE auf Bundesebene die Einführung des Solidarpakts III und die Errichtung eines speziellen
101 Regional- und Strukturfonds.

102 Die in den Merkel-Jahren entstandenen erheblichen Defizite müssen beseitigt werden: vom Stau bei
103 öffentlichen sowie privaten Investitionen bis hin zu strukturellen Innovationen in Schlüsselbereichen wie
104 Bildung, Forschung, Arbeitswelt, internationale Wirtschaftsbeziehungen und soziale Sicherung.
105 Landespolitisch muss die Transformation von Unternehmens- und Produktstrukturen ins Zentrum
106 gerückt, nachhaltige Ressourcennutzung belohnt, Innovation in Produktion, Wissenschaft und im
107 Dienstleistungssektor gefördert, regionale sowie sektorale Förderung zusammengeführt und zugleich mit
108 sozialen Kriterien (Tariftreue, Weiterbildung oder Familienfreundlichkeit) verbunden werden. Kleine und
109 mittelständische Unternehmen sollen Vorrang haben, Unternehmens- und Existenzgründungen besonders
110 müssen besonders unterstützt werden.

111 Wir fordern mehr als nur Fördermittelvergabe; es sollen nicht nur finanzielle, sondern auch andere
112 materielle und immaterielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

113 Im Osten braucht es sowohl übergreifende Lösungsstrategien als auch auf regionale Besonderheiten
114 gemünzte Struktur- und Industriepolitik. Wer Regionen aufgibt, gibt letztendlich die Menschen in diesen
115 Regionen auf. Wir treten für eine struktur- und industriepolitische Transformation ein!

116

117 **VI) Gegen Diskriminierungen und Ausgrenzungen: Ostdeutsche Lebenswege und Leistungen** 118 **anerkennen!**

119 Ostdeutsche Biographien stoßen fast immer auf Unverständnis und (indirekte) Verurteilung. Sie müssen
120 sich oft mit einer gläsernen Decke konfrontiert sehen, einer Grenze, die ihren Handlungs- und
121 Entwicklungsbereich deutlich beschränkt. Versucht man politisch die lange bestehenden Differenzen zu
122 ignorieren, nimmt man auch individuellen Biographien deren Verständnisrahmen. Der Mauerfall, die
123 friedliche Revolution im Osten, ist eine Selbstbefreiung der Menschen, die gewürdigt werden muss. Die
124 heutigen ökonomischen Ungleichheiten sind ein Betrug an all diesen Menschen, die damals den Mut
125 hatten, sich den Verunsicherungen und Veränderungen auszusetzen, die die Auflösung eines Staates mit
126 sich bringen. Das ostdeutsche Selbstbewusstsein und die Anerkennung eigener ostdeutscher Geschichte
127 müssen institutionell und strukturell im Rahmen emanzipatorischer, antidiskriminierender Maßnahmen
128 gewürdigt werden. Lohn- und Rentengerechtigkeit sind in diesem Sinne antidiskriminierend und
129 emanzipatorisch. Armut nicht zu bekämpfen, bedeutet, sich an der Abwertung menschlichen Lebens zu
130 beteiligen; Armut muss in jedem Kontext beseitigt werden!

131

132 **Begründung:**

133 Es ist keine „verfälschte Nostalgie“ an sozialer Sicherheit, an gut bezahlter Arbeit oder einem
134 menschenwürdigen Altern zu hängen, sondern ein zu verwirklichendes Grundrecht jedes Einzelnen. Diese
135 Rechte werden gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht von allen Menschen verwirklicht. Wir stehen in
136 der Pflicht, dies zu ändern! Die erhebliche Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich geht mit sich
137 verschlechternden Arbeitsbedingungen für Frauen und Minderheiten einher. Diese sind es auch, die an
138 der sozialen Spaltung am stärksten leiden. Mit unseren Vorschlägen zur Bekämpfung von weiblicher
139 Arbeitsprekarität tragen wir zur Auflösung sozialer Spaltungen bei. Frauenrechte zu vertreten und

140 Leistungen von Frauen in jedem Lebensbereich (Sorgearbeit) anzuerkennen, bedeutet soziale
141 Ausgrenzung zu bekämpfen. Armut ist ein Fall von sich vertiefender sozialer Marginalisierung. So sind es
142 auch Diskriminierungserfahrungen basierend auf Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Herkunft, Religion etc.
143 Viele dieser Diskriminierungen können sich überschneiden, werden oft politisch unberücksichtigt und
144 führen zu keinen richtigen Problemlösungen.

145 Viele Bevölkerungsgruppen werden mehrfach diskriminiert, darunter Frauen. Die Geschlechtsidentität ist
146 der Ausgangspunkt der Diskriminierung, dann stoßen noch soziale, regionale oder nationale Herkunft
147 dazu (man darf nicht aus ärmeren Verhältnissen stammen oder aus dem Osten kommen), religiöse
148 Zugehörigkeit, Aussehen und Alter (man darf weder dick noch alt sein) und sexuelle Orientierung.
149 Laut einer Umfrage liege die Armutsgefährdung bei berufstätigen Frauen in Deutschland seit 2015 bei 10,
150 5%. Vor allem junge Frauen bis 24 Jahre sind Opfer der ungleichwertigen Lebensverhältnisse: Sie weisen
151 eine 50 % höhere Armutsgefährdung auf als Männer ihres Alters. Bei Teilzeitbeschäftigung sind diese
152 Zahlen nicht weniger besorgniserregend: jede fünfte Frau ist bei Teilzeiterwerbstätigkeit armutsgefährdet.
153 Die Lage ist schlimmer als im Rest Europas. Der Gender pay gap ist dabei mit 22% einer der größten in
154 Europa. Eine dramatische Entwicklung im wirtschaftsstärksten Land Europas. Aber auch
155 vollzeitbeschäftigte Frauen leben an der Armutsgrenze.

156 In Sachsen leben fast 1,8 Millionen Frauen. Im Durchschnitt waren Frauen, die 2015 ein Kind zur Welt
157 brachten, 30,5 Jahre alt. Davon waren 59% nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet. Etwa 64% der 25-
158 bis 45-jährigen Frauen haben Kinder unter 18 Jahren, 96 000 davon Kinder unter 3 Jahren. Zwei Drittel
159 dieser Frauen gehen trotz Kleinkindern einer Teilzeitbeschäftigung nach. In Sachsen arbeiten 59% aller
160 erwerbstätigen Frauen in Vollzeit; 79% aller Teilzeitbeschäftigten sind jedoch Frauen.

161 Damit können wir feststellen: Weniger traditionelle Familienkonstellationen sind in Sachsen, so wie auch
162 in den anderen ostdeutschen Bundesländern, weit verbreiteter und werden durch eine bestehende
163 soziale Infrastruktur unterstützt. Ebenso die Tatsache, dass nach der Geburt des Kindes früher wieder in
164 die Arbeit zurückgekehrt wird. Das Negative aber überwiegt. Die derzeitige Arbeitsmarktsituation fördert
165 Frauen- und Kinderarmut und führt letztlich in die Altersarmut, weil Frauen auch eine deutlich niedrigere
166 Rente als Männer erhalten. Ein besonderer Fall sind da z.B. nach DDR-Recht geschiedene Frauen; sie
167 wurden im Einigungsvertrag einfach nicht berücksichtigt.

168 Sozialer Ausschluss und Sanktionen drohen einem in diesem Land in Armut Aufwachsenden von
169 Kindesbeinen an; durch Armut finden bereits ein Ausschluss und eine soziale Vorauswahl statt, die
170 Menschen psychisch und beruflich für das ganze Leben prägen. Ob es sich nun um Begabtenförderung
171 oder zusätzliche Betreuung bei Lernschwierigkeiten handelt, Urlaubs- oder Schulreisen
172 (Auslandserfahrung zur Horizonterweiterung), einfache Kino- bzw. Museumsbesuche oder das Ergreifen
173 von außerschulischen Aktivitäten, die schon für manchen berufswesend waren – ein armes Kind muss
174 darauf verzichten und damit auch auf viele Möglichkeiten seiner Zukunft. Und eine Gesellschaft, die ihre
175 Kinder nicht fördert, gräbt sich damit ihr eigenes Grab. Ein armes Kind wird z.B. viel seltener
176 Akademiker*in, Künstler*in, Jurist*in oder Ärzt*in aufgrund der immer stärkeren Bildungsvererbung in
177 Deutschland; oft fehlt ein adäquates Unterstützungssystem für diejenigen, die sich außerhalb ihrer
178 sozialen Umgebung wagen wollen, um andere Welten zu entdecken. In solchen Fällen hilft leider nicht
179 mehr nur der Ausbau von Schulen und Kitas, deshalb fordern wir Förderungs- und
180 Unterstützungssysteme, die den Bedürfnissen heutiger Kinder und Jugendlichen gerecht werden. Leider
181 gehört der Freistaat Sachsen zum ärmeren Teil Deutschlands, eine ostdeutsche Realität, derer sich die
182 Linke seit Jahren annimmt. Die Armutsgefährdungsquote für Sachsen lag im Jahr 2014 z.B. bei 22, 3%,
183 also über dem Bundesdurchschnitt (19%). Natürlich folgt die Kinderarmutsquote aus der ungleichen
184 Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das Kinderarmutsrisiko hängt auch von der Haushaltsgröße
185 ab: je kinderreicher ein Haushalt, desto größer das Armutsrisiko. Auch muss man berücksichtigen, dass
186 manche Menschen alleinerziehend sind, sich damit vielleicht nicht dem traditionellen Familienbild

187 verpflichtet fühlen oder ihre Lebensumstände darauf Einfluss genommen haben. Auch Kinder von
188 Migrant*innen wachsen oft in Armut auf; ihnen schadet ihre Herkunft genauso wie den ostdeutschen
189 Mitbürger*innen. Die Möglichkeiten für Solidaritätsbündnisse gibt es überall. Wir wollen nicht, dass das
190 einzige, was man in der Kindheit wirklich lernt, die Tatsache ist, dass sich das Leben nicht lohnt.
191 Die Erinnerung an bessere Lebensverhältnisse ist in Ostdeutschland aus diesem Grund stark geblieben.
192 Von den einst errungenen sozialen Leistungen ist heute in Teilen noch eine ausbaufähige soziale
193 Infrastruktur vorhanden. Ein Erbe der DDR, das nach Anerkennung verlangt. Die bestehende Abwertung
194 der eigenen Geschichte muss in eine Umwertung verwandelt werden, mit der wir der heutigen
195 Bundesrepublik anhand von Erlebtem den Spiegel vorhalten. Diese Infrastruktur und das damit
196 zusammenhängende humanistische Menschenbild, das wir heute durch ein inklusiveres anreichern, sind
197 eine Alternative zur leistungsorientierten, spätkapitalistischen Gesellschaft, in der es immer mehr
198 Verlierer gibt. Wir wollen diese Spaltung zwischen Verlierern und Gewinnern beseitigen und die
199 Entwicklung des Einzelnen als Voraussetzung der Entwicklung der Gesellschaft herausstellen! Die
200 Infrastruktur, die wir noch in Ostdeutschland vorfinden – z.B. in Form von Kitas – zeigt uns das
201 emanzipatorische Potenzial, das die DDR ihren Bürger*innen angeboten hat. Diese Struktur
202 gewährleistete ökonomische Emanzipation und damit mehr Gleichstellung und Gleichberechtigung, in der
203 sich wiederum andere Formen von Zusammenhalt und Lebensentwürfen entwickeln konnten. Ein Stück
204 weit ist dieser Unterschied heute in der größeren Zahl der Geschiedenen, der Alleinerziehenden und der
205 außerhalb der Ehe geborenen Kinder sichtbar. In dieser Hinsicht kann das Erbe Ostdeutschlands ein
206 Vorbild für Gesamtdeutschland sein: Die soziale Sicherung und ökonomische Emanzipation aller
207 Menschen einer Gesellschaft gewährleisten nicht nur menschenwürdiges Leben, sondern auch
208 Entwicklung, Frieden und Vielfalt.